

An die deutsche Öffentlichkeit

Gemeinsames Verbrechen der „islamischen Republik Iran“ und der „islamischen Bewegung“ gegen die Kurden im Iran

Die Welle der Hinrichtungen, des Verschwindenlassens, willkürlicher Verhaftungen, Folter und langjähriger Gefängnisstrafen ohne Gerichtsverhandlungen gegen die Kurden im Iran reißt nicht ab. Es sind nur ein paar Wochen von Solidaritätskundgebungen in mehreren Städten Ostkurdistans(iranisch besetzter Teil Kurdistans) mit Kurden in Südkurdistan(irakisch besetzter Teil Kurdistans) vergangen, wobei mehre Menschen getötet oder verletzt und Hunderte verhaftet wurden. Nun ist ein gemeinsames Verbrechen des Irans und der dem Iran nahestehenden fundamentalistischen Partei der „islamischen Bewegung“, die in Südkurdistan und Irak agiert, aufgedeckt worden. Am Abend des 19. Oktober 1996 wurden 7 Mitglieder der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) mit Namen Arshad Rezaei, Daryush Eslam dust, Mohammad Aziz Qaderi, Yones Mohammadpour, Adnan Ismaili, Mozafer Kazemi und Maruf Sohrabi in der Nähe der Stadt Halabja/Südkurdistan von Scherwebewaffneten Einheiten der „islamischen Bewegung“ entführt und sind spurlos verschwunden. Kurz darauf wurde bekannt, dass sie mit verbundenen Augen und gefesselt, den Besatzertruppen des iranischen Regimes übergeben worden sind. Bislang gelang es weder der Partei noch den Familienangehörigen etwas über das Schicksal der Entführten zu erfahren. Erst ca. 7 ½ Jahren danach am 29 März 2004 unter dem Druck der internationalen Menschenrechtsorganisationen hat der iranische Botschafter in England in einem Antwortschreiben an den Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses im britischen Parlament, Mr. Jeremy Corbyn bekannt gegeben, dass sechs der sieben Kurden sofort oder innerhalb von wenigen Wochen nach der Entführung in den Iran ohne jegliche Gerichtsverhandlungen hingerichtet worden sind.

Hintergrund: Nationale Unterdrückung und Menschenrechtsverletzungen in Ostkurdistan

Die Unterdrückung des kurdischen Volks im vergangenen Jahrhundert beginnt nicht erst mit der Gründung der islamischen Republik im Jahre 1979. Die systematische Repression und die Assimilationspolitik begann mit der Machtübernahme der Monarchisten unter der Führung von Pahlawi- Familie(1925) und der Bildung des persisch dominierten iranischen Nationalstaats. Seitdem ist die persische Sprache und Kultur bestimmend, und die Kurden sind wie alle anderen Nationalitäten der persischen Repression unterworfen. Diese Unterdrückungspolitik wurde immer im Namen der chauvinistisch motivierten „Wahrung territorialer Integrität“ mit äußerst Brutalität betrieben. Die im Jahre 1946 proklamierte Republik Kurdistan in der Stadt Mahabad wurde im Namen der „einheitlichen iranischen Nation“ blutig niedergeschlagen.

Bereits wenige Wochen nach der Machtübernahme der islamischen Regierung in Februar 1979, gerade während des Neujahrfestes(Newroz) gaben die islamischen Truppen in der Stadt Sanandaj, der zweitgrößten Stadt Ostkurdistans eine erste Probe ihrer Macht und richteten ein Blutbad an, bei dem mehr als 500 Menschen, überwiegend Frauen und Kinder getötet wurden. Am 19. August desselben Jahres verkündete Ayatollah Khomeini in Namen der „einheitlichen islamischen Nation“ den Heiligen Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Es wurden Zehentausende schwerbewaffneten Pasdaran(islamische Revolutionsgarden) nach Kurdistan geschickt. Parteien und politische Gruppierungen wurden verboten. Sie setzten alle Arten von Waffen gegen die wehrlose Menschen ein. Innerhalb von wenigen Tagen wurden Hunderte in den Städten Paweh, Sanandaj, Baneh, Mahabad usw., die willkürlich festgenommen worden waren, von dem bekannten Verbrecher Mulla „Chalchali“ auf offener Straße hingerichtet. Als diese Menschen immer wieder sagten, sie seien unschuldig, hatte er immer wieder geantwortet, „wenn ihr unschuldig seid, dann kommt ihr nach eurem Tod ins Paradies“!! Massenmorde wurden angerichtet. Allein in den Dörfern „Qarna und Qelatan“ haben die Pasdaran alle Einwohner massakriert. Über 60% der Opfer waren Kinder und Frauen. Unzählige junge Mädchen wurden vergewaltigt und danach hingerichtet. Diese Gräueltaten werden mit einer Koran Version gerechtfertigt, dass die „ungläubigen“ Jungfrauen dürfen nicht als Jungfrau hingerichtet werden, so die islamischen Pasdaran. Seit Beginn dieses Krieges fielen mehr als

50.000 Zivilisten und 6000 Peschmergas (kurdische Verteidigungskämpfer) dem brutalen Vorgehen des Regimes zum Opfer. Mehr als 300 Dörfer und Städte wurden zerstört.

Es wurde eine Wirtschaftsblockade über Kurdistan verhängt. Das Militär hat Millionen von Minen ausgelegt. Jährlich werden Hunderte von Menschen, darunter viele Kinder, Opfer dieser berüchtigten Waffe. Nach Angaben des Innenministeriums braucht man für die Räumung aller Minen in Kurdistan eine Zeit von 40 bis 45 Jahren.

Die Barbarei der Mullas kennt keine Grenze. Im April 2002 sind 74 Schülerinnen und Schüler des kurdischen Dorfs „Bejwe“ in der Nähe der Stadt „Serdesht“ als Versuchskaninchen für chemische Experimente von angeblichen Gesundheitsbehörden auf eine unmenschliche Weise missbraucht worden. Diese Kinder wurden aufgefordert, sich wegen Vorbeugungsmaßnahmen eine Spritze geben zu lassen. Diese unbekannt chemischen Stoffe mit abgelaufenem Datum und die Spritzen hatten die Marke „Made in Germany“. Kurz danach waren alle SchüleInnen vergiftet und wurden ins Krankenhaus eingeliefert. Die Ärzte konnten diese Krankheit nicht erkennen und haben die Behörden gebeten, die Betroffenen so schnell wie möglich nach Teheran bzw. ins Ausland zu transportieren. Die Behörden haben diese Bitte abgelehnt und das Dorf und Krankenhaus gesperrt. Die Ärzte und die Eltern der Kinder wurden mit harten Konsequenzen gedroht, falls sie von diesem Ereignis weiter berichten. Der Gesundheitszustand dieser Kinder wird noch heute zwei Jahre danach immer schlechter, die bedrohliche Krankheit ist nach wie vor unbekannt und sie dürfen nicht zu einer ärztlichen Behandlung das Land verlassen.

Der Staatsterror Teherans gegen die Kurden blieb und bleibt nicht innerhalb der iranischen Grenzen, sondern es wird mit allen Mitteln versucht, die kurdischen Politiker im Ausland zu liquidieren. Einige Erfolge ihrer Terrorpolitik konnte leider die islamische Republik mit Duldung einiger europäischen Staaten erzielen. Als 1989 der Generalsekretär der DPK, Dr. Abdolrahman Ghasemlu und zwei weitere kurdische Politiker in Wien mit einer iranischen Delegation über Frieden in Kurdistan verhandelten, fielen alle drei Kurden einem von dem Regime geplanten Attentat zum Opfer. Die Täter sind ebenso bekannt, wie die Opfer. Zwei der drei Mörder befanden sich einige Tage im Gewahrsam der österreichischen Polizei und Justiz. Danach ließ man sie mit polizeilicher Eskorte in den Iran ausreisen. Ein Preis für die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und dem Iran.

Ein neuen Höhepunkt des Staatsterrorismus bildet die Ermordung des Nachfolgers von Dr. Ghassemul, Dr. Sharafkandi und seiner Begleiter am 17.09.1992 in Berlin. Die Gerichtsverhandlungen gegen die Mörder und die iranische Regierung als Auftraggeber dauerten jahrelang. Angesichts der zahlreichen Beweismaterialien und Zeugen hat das Berliner Kammergericht im Gegensatz zu Wien in einem historischen Urteil am 10 April 1997 die gesamte Führung des iranischen Staats für diesen terroristischen Anschlag verantwortlich gemacht.

All diese Gräueltaten und massive Menschenrechtsverletzungen des Mullas Regime passieren vor den Augen der europäischen bzw. Weltöffentlichkeit. Deutschland ist nach wie vor der größte Handelspartner des Terrorstaats Iran. Allen diesen Staaten, die schmutzige Geschäfte mit der Terror- Republik Iran machen, gehen wirtschaftliche Interessen den Menschenrechten vor.

Im Namen der Menschlichkeit wenden wir uns mit dieser Erklärung an die deutsche Öffentlichkeit, Menschenrechtsvereine und an alle Parteien und Organisationen, die sich für Gerechtigkeit und Gleichberechtigung einsetzen und wir bitten um Unterstützung unserer folgenden Forderungen:

- ***Im Rahmen der Gleichberechtigung unter den Völkern muss das Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk auch international anerkannt, unterstützt und garantiert werden.***
- ***Alle Beziehungen zum Iran müssen von Einhaltung der Menschenrechte, darunter der legitimen Rechte der Kurden abhängig gemacht werden.***
- ***Die Machthaber der islamischen Republik Iran, die gerichtlich für Terroranschläge an Kurden verantwortlich gemacht worden sind, müssen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor einem internationalen Gericht gestellt werden.***
- ***700.000 in Deutschland lebende Kurden sollen als eine eigenständige Volksgruppe anerkannt und ihre Rechte gesetzlich garantiert werden***

Verein von Kurdinnen und Kurden in Deutschland (KOMAL e.V.) e-mail: komalkurd@yahoo.de